

BESCHLUSS

des 65. Ord. Bundesparteitages der FDP, Dresden, 11. Mai 2014

Frieden in Europa, Freiheit für die Ukraine, Dialog mit Russland

1. Die FDP unterstützt die ukrainische Bevölkerung in ihrem Streben nach Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Ukraine setzt demokratische Wahlen, eine funktionierende Marktwirtschaft, die Unabhängigkeit der Justiz, Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaftswachstum voraus. Die FDP fordert die EU und die Bundesregierung auf, alle friedlichen Mittel einzusetzen, die diese Ziele unterstützen und insbesondere die Durchführung der Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 sicherzustellen. Wir begrüßen die Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens und wollen eine schnelle Unterzeichnung der anderen Teile. Die EU soll auch schnellstmöglich die Verhandlungen über den Visafreiheits-Aktionsplan fortsetzen.
2. Deutschland muss unzweifelhaft an der Seite derer stehen, die sich international für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzen. Deutschland ist fest verankert in Europa und dem Westen, die die gleichen Werte teilen. In der Tradition liberaler Entspannungspolitik setzen sich die Freien Demokraten aber zugleich für den Dialog mit Russland ein. Deshalb dürfen die Bemühungen um Verständigung nicht eingestellt, sondern müssen Gegenteil fortgesetzt und intensiviert werden. Die FDP fordert die russische Regierung auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus ihrer Mitgliedschaft in OSZE und Vereinten Nationen ergeben. Direkte Verhandlungsgespräche auf höchster Ebene zwischen Russland, der Ukraine, der EU und den USA müssen fortgesetzt bzw. wieder aufgenommen werden, um eine Deeskalation zu erreichen.
3. Die FDP hält die Aufforderung von Präsident Putin an die Separatisten, das Referendum in der Ost-Ukraine zu verschieben, für einen ersten Schritt, dem weitere folgen müssen. Dazu gehören die Aufforderung an die Separatisten, die besetzten Verwaltungsgebäude zu räumen und das Referendum endgültig abzusagen, ein Ende der Aktivitäten von Angehörigen russischer Regierungsstellen in der Ukraine sowie ein Abzug russischen Militärs von der ukrainischen Ostgrenze. Der Westen muss genau kontrollieren, ob die russische Regierung es mit der Entspannung der Lage wirklich ernst meint.
4. Sicherheit in Europa kann es niemals ohne oder gar gegen, sondern nur mit Russland geben. Damit hat Russland eine besondere Verantwortung. Deshalb appellieren wir an die russische Regierung, die Destabilisierung von Nachbarländern und militärische

Machtdemonstrationen zu unterlassen. Eine besondere Verantwortung hat auch Deutschland im Rahmen von EU und NATO. Die FDP fordert daher die Bundesregierung auf, innerhalb der NATO auf eine besonnene Reaktion hinzuwirken. Die FDP betont die Notwendigkeit, die Krise auf diplomatischem Wege zu lösen. Gerade in Zeiten größter Spannung darf der Dialog nicht abbrechen – militärische Drohgebärden sind kontraproduktiv. Die EU ihrerseits sollte die Debatte über Sanktionen gegen Russland aussetzen, wenn es in Moskau Anzeichen für den Willen zur Entspannung gibt. Gezielte Sanktionen müssen jedoch möglich sein, falls Russland nicht auf den Weg der Entspannung zurückkehrt und die Ukraine weiterhin destabilisiert.

5. Liberale verteidigen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die staatliche Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der OSZE. Der Anspruch auf geostrategische Einflussbereiche untergräbt diese Fundamente unserer Friedens- und Sicherheitsordnung. Mit der Annexion der Krim hat Russland eine zwingende Norm des Völkerrechts gebrochen, denn anders als im Kosovo war die russischsprachige Bevölkerungsmehrheit dort keiner gewaltsamen Repression ausgesetzt, gegen die als letztes Mittel die Abspaltung zulässig ist. Ein Recht des Stärkeren können Liberale nicht akzeptieren. Die Ukraine hat das Recht, über ihre Zukunft und ihre Verfassung selbst zu entscheiden. Es ist nicht Sache des Westens oder Russlands, den Weg der Ukraine zu bestimmen. Ihre souveränen Entscheidungen dürfen nicht durch Destabilisierung von außen beeinflusst werden. Wir erinnern Russland auch an seine Verpflichtungen aus dem Budapester Abkommen von 1994, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine zu garantieren.